



Sollen die Eltern der 630.000 Drei- bis Sechsjährigen in Niedersachsen für einen Kita-Platz bezahlen? Die Debatte ist eröffnet.

foto: onn

Nur ein „Wahlkampfcherz“?

Stadttag begrüßt den Vorstoß der SPD, Eltern von Kita-Kosten zu befreien – Opposition ist skeptisch wegen der Finanzierung und Betreuungsstandards

Von Michael B. Berger

Hannover. Die Ankündigung des SPD-Landesvorsitzenden Stephan Weil, im Falle eines Sieges bei der Landtagswahl 2018 die Kita-Kosten durch den Landeshaushalt zu übernehmen, trifft auf ein geteiltes Echo. Während der Stadttag und auch die Unternehmensverbände den Plan im Grundsatz begrüßen, setzt die Opposition Fragenzeichen an das Projekt.

Bislang ist nur das dritte Kita-Jahr für die Eltern kostenfrei. Die SPD schlägt vor, dass das Land ab 2018 zunächst das mittlere Kita-Jahr finanziert und im nächsten Schritt zusätzlich auch das erste Kita-Jahr. Demzufolge müsste das Land etwa 100 Millionen Euro dafür aus, das dritte Kita-Jahr zu finanzieren. Die vollständige Übernahme der Kita-Kosten würde die Eltern von etwa 630.000 Drei- bis Sechsjährigen entlasten. Das Finanzministerium erklärte, man müsse dazu mit einer Größenordnung von insgesamt 350 Millionen Euro rechnen. Wie dies finanziert werden könnte, wisse man noch nicht: „Das ist zunächst einmal ein Grundsatzbeschluss der SPD.“

„Interessanter Vorschlag“

Schein, dass die Sozialdemokraten jetzt auch diese Forderung teilen, sagt Grünen-Fraktionschefin Anja Piel. In den Koalitionsverhandlungen vor Bildung der rot-grünen Landesregierung seien sie dazu nicht bereit gewesen. Der CDU-Herausforderer von Weil, Bernd Althusmann, kommentierte den Plan mit freundlicher Skepsis: „Das ist ein interessanter Vorschlag, den

die amtierende Landesregierung bereits im Haushalt 2017/18 hätte vomstolen können.“ Allerdings habe man noch größeren Bedarf bei der Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung. Althusmann



Das ist ein Angebot an die Mittelschicht.

Holger Scholz, Niedersächsischer Stadttag

manne bessere Öffnungszeiten, kleineren Gruppen und eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen.

Unklar sei auch, ob die Kommunen die tatsächlichen Kosten erstattet bekommen. „Man ist zwar gegruppelt, aber wer es ernst macht, hätte weiter springen müssen.“ Althusmann reagierte Björn Försterling, hildesheimischer Sprecher der FDP, auf den SPD-Plan: „Weils Versprechen ist ein unseriöser Wahlkampfcherz.“ So sei der Landtag überhaupt nicht auf solche Mehrausgaben vorbereitet und bessere einzig und allein auf der aktuellen ökonomischen Ausnahmesituation und künstlich niedrigen Zinsen.

Försterling wie auch der Präsident des Städte- und Gemeindebunds, Marco Trips, wiesen auf ein dröbendes Problem in den Kitas hin. So sei die Finanzierung der dritten Kraft in den Kita-Gruppen nur bis ins Jahr 2018 gesichert. Al-

erdings begrüßt Trips im Gegensatz zu Försterling den SPD-Plan grundsätzlich. Bei der Kostenerstattung müsse man allerdings darauf achten, dass die Kommunen entlastet werden.

Bokall von großen Kommunen

Auf großen Beifall stößt der SPD-Plan beim Niedersächsischen Stadttag, der die großen Kommunen vertritt. „Unser Präsident Frank Klingebiel hat das schon vor Jahren gefordert“, sagte Hauptge-

schäftsführer Heiger Scholz. Letztlich sei dieser Plan ein Angebot an die Mittelschicht, da bei sozial schlechtergestellten Eltern die Jugendhilfe finanziell einspringe. „40 Prozent der Eltern sind heute schon beitragsfrei.“

Eher positiv reagierte auch Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände. „Allen, was hilft, junge Frauen wieder früher in den Beruf zu bringen, ist hilfreich – sofern der Staat es sich leisten kann.“

KOMMENTAR

Warum nicht gleich?



Michael B. Berger

Im Prinzip ist es richtig, Familien bei der frühkindlichen Erziehung finanziell zu entlasten. Deshalb haben einige wenige Städte in Niedersachsen schon die vollständige Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten eingeführt. Die Stadt Braunschweig hat sie, weil es finanziell eng wurde, vor nicht allzu langer Zeit wieder zurückgenommen. So eine Kostenerstattung muss man sich also leisten können. Minister-

präsident Stephan Weil ist derzeit großzügig. Kein Wunder: Weil hat mit seiner Offerte offiziell den Wahlkampf eröffnet. Mal sehen, ob jemand in einem Überlebenswettbewerb ansteigt. Die Grünen merken schon spitz zu, eine solche Geste hätte man sich bereits in dieser Wahlperiode leisten können. In der Tat. Der SPD aber hat der Mut zu dieser konsequenten Bildungspolitik bisher gefehlt, weil sie andere Vorhaben durchsetzen wollte, etwa die Streichung der Studiengebühren oder einen Haushalt ohne neue Schulden. Dass sie jetzt die Kita-Gebühren als Wahlkampfcheryler benutzt, ist durchschaubar – aber legitim. Sie darf die Wähler, sollte sie erneut in die Regierung kommen, dann jedoch nicht enttäuschen.